

Zeitschrift für Politik, Literatur, Wissenschaft, Kunst, Geschichte, Geographie, Statistik, etc. etc.

Dresdner Nachrichten

Dr. Kadner's Sanatorium

Niederlößnitz bei Dresden. Heilanstalt und Curhaus.

39. Jahrgang.

Dresden, 1894.

Julius Schädlich
Am See 10.



Kerzen-Kronleuchter
Petroleumlampen.

WEIN-Handlung
-Stuben-
Portikus a. d. Markthalle

Max Kunath,
Wallstr. 8.

Spezialität 50-Mark-Anzüge Spezialität!

in Cheviot und Kammgarn, sowie Winter-Paletots zu 50 und 60 Mark, gut sitzend nach Maass, empfiehlt

Louis Hetze, Bautznerstr. 18.

Atelier für feine Corsets

nach Maass: renomte Pariser, Hülsmeyer und Wiener Modellen.

Heinrich Plaul,
Dresden, Wallstr. 25.
Teleph. A. 1. 107.

Regenschirme in grösster Auswahl. Schirmfabrik C. A. Petschke, Wildrufferstr. 17.

Nr. 297. Spiegel: Sozialdemokratischer Parteitag, Hofnachrichten, Gemeinnützlichkeiten, Kommerzielles, Bienen, Herbstmarkt, Wetter: Mittwoch, 24. Oktober.

Für die Monate November und December.
werden Bestellungen auf die „Dresdner Nachrichten“ für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle zu 1 Mark 70 Pfennigen, für auswärtig bei den Kaiserlichen Postämtern im Deutschen Reichsgebiete zu 1 Mark 80 Pfennigen angenommen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten“,
Marienstraße 38, Erdgeschoss.

Politisches.

„Neu“ muß die soziale Frage gelöst werden, und wenn wir bis Winternacht zusammenbleiben sollten.“ So denken gewiss auch die mit rothen Kellen geschmückten „Vertreter der schaffenden Arbeit“, die in Frankfurt a. M. zusammengekommen sind, um den diesjährigen sozialdemokratischen Parteitag mit dem üblichen revolutionären Brimborium in Szene gehen zu lassen. Gellawert worden ist vom Berliner Hauptquartier aus genug, und so darf man sich denn nicht wundern, wenn äußerlich Alles einen für die Massen „imponierenden“ Verlauf nimmt. Gleich der Anfang ist in dieser Beziehung recht vielversprechend gewesen, da Herr Liebknecht den ganzen Bombast seiner gekünstelten Rede verpufft hat, um für die bevorstehenden Verhandlungen die nötige Stimmung zu machen und in den Köpfen der Versammelten einen feierlichen revolutionären Brausen zu erzeugen. Damit hat aber Herr Liebknecht auf dem Parteitage auch ausgespielt. Nunmehr kommt Herr Singer als Vorherr an die Reihe. Herr Liebknecht hat seine mohnenartige Schuldigkeit getan, indem er den erforderlichen „Schwung“ in die Sache gebracht hat, und kann nun gehen. Die Begeisterung, welche die Liebknechtsche Antrittsrede erzeugt hat, wird zwar nicht lange genug vorhalten, um die Opposition niederzuhalten und allerlei für die Berliner Parteivorstände unliebbare Auseinandersetzungen zu vermeiden. Indes das macht nichts. Herr Singer getraut sich mit allen Herummärschern an der parteipolitischen Unschicklichkeit des Berliner Vorstands ohne viel Federlesens fertig zu werden. Das wird ihm auch ohne Zweifel gelingen, inwiefern aber ist es doch von allgemeinerem Interesse, zu beobachten, wie das „Aufstehen“ gegen die Berliner Diktatur in der Partei mehr und mehr zunimmt.

In erster Linie geht der Widerstand gegen den Berliner Führerring von den unter der Leitung Herrn v. Bollmar's stehenden daberischen „Genossen“ aus. Herr v. Bollmar hat bereits vor einigen Wochen einen Sozialparteitag in München abgehalten und es bei dieser Gelegenheit an deutlichen Winken mit dem Saunspfad nicht fehlen lassen. Er sprach u. A. von Maulaufreißern und Oppositionsmachern, denen er rief, die Hände von den bayerischen Angelegenheiten zu lassen. Die bayerischen „Genossen“ hätten keine Lust, sich an die „Schablone von Berlin“ binden zu lassen. Noch um einen Grad unglimpflicher wurden die Berliner Diktatoren in Halle behandelt, wo ebenfalls vor einiger Zeit eine Vortagung zu dem Frankfurter Parteitag stattfand. Dort wurde von einem Genossen, der die Landtagitation behandelte, klage darüber geführt, daß er, wenn er auf's Land hinauskomme, immer erst den „Berliner Mist“ besichtigen müsse. Starke Mißstimmung hat auch bei einem großen Theil der Partei die Höhe der Gehälter hervorgerufen, die von den Berliner Führern und denjenigen „Subalternbeamten“ der Partei, die bei Jenen sich hind finden, verthelt werden. Ueber den letzteren Punkt ist es bereits zu recht heftigen Erörterungen gekommen. Es lauzen verschiedene Anträge vor, die eine Herabsetzung der Gehälter der Parteibeamten und Redaktoren fordern. Als Höchstsumme wollte ein Antrag die Summe von 3000 M. festgesetzt wissen. Davon ließe sich, wie ein Redner natü meinte, auch in Berlin „ganz schön“ leben. Gegen diese „Temporalkompe“ legte sich der Abgeordnete Bebel mit aller Kraft seiner Lungen in's Zeug. „Wie?“ rief er entrüstet seinen Getreuen zu, „Ihr verlangt für Euch selbst die günstigsten Arbeitsbedingungen und wollt Euren geistigen Arbeitern den Brottrock höher hängen?“ Zugleich drohte Herr Bebel mit dem sofortigen Rücktritt zahlreicher Redaktoren, falls der Antrag auf Gehaltskürzung angenommen würde, da diese bei der bürgerlichen Presse auskömmlichere Posten erhalten könnten. Diese Herren scheinen also immer zum Sprunge in das Lager des bürgerlichen Radikalismus bereit zu stehen, für den Fall, daß die melkende Kuh der Sozialdemokratie einmal tuberkulös werden sollte und ihnen das Portemonnaie nicht mehr hinlänglich zu füllen vermöchte. Auch ein Standpunkt! Im Uebrigen hatten die Gegner der hohen Gehälter in ihrer Art vollkommen Recht, wenn sie ausführten, die sozialdemokratische Partei als eine Arbeiterpartei sei verpflichtet, mit den Arbeitervreischen hauszuhalten, und dürfe keinen Unterschied zwischen geistiger und körperlicher Arbeit machen. Das ist die logische Konsequenz des Sozialismus, der in der Staatsomnipotenz alle wohlthätige Differenzierung erodiren will. Ein unerträgliches Einerlei in Kleidung, Essen, Trinken, geistiger wie körperlicher Arbeit und jeglichem Lebensgenuss wäre die unausbleibliche Folge der Bewirkung des sozialdemokratischen Zukunftszieles. Die heutigen Führer der Sozialdemokratie halten es daher auch fluger Weise mit der „Zukunft“. Für die Gegenwart wollen sie von der allgemeinen Gleichmacherei nichts wissen und stehen somit und besonders auf dem Standpunkt Liebknecht's, der seiner Zeit erklärt hat, er könne seine geistige Arbeit unter 10.000 Mark pro Jahr keinesfalls bewerten. Sowie brauche er unbedingt, um sich und seine Familie zu erhalten. Und die Arbeiter? „Ja, Bauer, das ist ganz was Anderes.“ Die arbeiten ja nur körperlich, also müssen

sie auch mit weniger fähig nehmen. Schade nur, daß die „körperlichen Arbeiter“ in der Partei diese gesunde Logik ihrer Führer absolut nicht begreifen wollen. Der Delegirte Bahl-Kowawes gab den Gefühlen der „körperlichen Arbeiter“ ungehemmten Ausdruck, indem er erklärte: „Ich komme aus einem Weberdorf. Wir können es nicht verstehen, wie es ein Genosse mit seiner Parteipflicht vereinbaren kann, so hervorragende Entlohnung zu fordern. Die Weber bei uns verdienen nämlich 400 Mark. Bebel führt die Qualifikation für die hohen Gehälter an; ich gebe zu bedenken, daß das Geld dazu eben aus den Taschen der Arbeiter fließt.“

Das Beharren, auch die sozialdemokratischen Führer in ihrer äußeren Lebenshaltung der allgemeinen Gleichheit zu unterwerfen, ist aber auch die einzige „soziale“ Spur, die sich in den zahlreich eingebrachten Abänderungsanträgen zu dem in Erfurt im Jahre 1891 festgestellten Programm auffinden läßt. Die gedachten Anträge bezwecken sonst lediglich taktische Manöver, mit deren Hilfe der agitatorische Einfluß der Partei vergrößert werden soll. Eine wahre Plattform von Anträgen dieser Art bezieht sich auf die Festsetzung des bisherigen Programms über die Religion, deren Qualifikation als „Privatsache“ den zielbewußten Genossen von jeder ein Stein des Anstoßes gewesen ist. Es wird beantragt, diesem Satze künftig folgende Fassung zu geben: „Die Sozialdemokratie bekennt sich zum Antichristentum und die Vertreter der verschiedenen Religionsgemeinschaften sowie die Religion selbst, wo ihre Lehren sich dem Freiheitskämpfe des Proletariats entgegenstellen.“ Die Frage der Stellungnahme zur Religion hängt auf das Engste zusammen mit der Frage der Landtagitation, deren bisherige Erfolglosigkeit von einem Theil der Partei mit den schroffen sozialdemokratischen Angriffen auf die Religion in Zusammenhang gebracht wird. Dieser Theil der Partei will daher der Religion offiziell nicht ganz so nahe treten und empfiehlt überhaupt zum Zweck eines wirksameren Bauernkampfes ganz allgemein das Mittel der Verlesung der revolutionären Grundzüge mit einem entsprechenden jacobinischen Gemüthsvorbehalt. Sogar die erstrebte Abschaffung des Privattheaters soll den Bauern gegenüber abgelehnt werden. Die deutsche Sozialdemokratie sieht übrigens zur Zeit mit diesem von ihr erfindenen neuen Verfahren nicht mehr allein da. Die französischen Sozialdemokraten haben das Mittel auch bereits als probat erkannt und auf einem jüngst in Nantes abgehaltenen Kongreß beschlossen, den Grundsat der Konfession des Privattheaters auf dem Lande künftig nicht mehr zu predigen. Also nothgedrungen „Mauernung“ hier wie dort. So ganz müde und allerschwach, wie die Sozialdemokraten uns glauben machen möchten, kann demnach die bürgerliche Gesellschaft doch wohl noch nicht sein.

Die Religionsfrage innerhalb der Sozialdemokratie hat auch noch eine andere interessante Seite, von der aus Streiklichter auf den Einfluß des Judenthums in der Partei fallen. Es ist nämlich verschiedentlich von Seiten der Genossen über bemerkt worden, daß gerade Herr Singer regelmäßige Beiträge an die Synagoge entrichtet und dadurch seine Zugehörigkeit zur jüdischen Religionsgemeinschaft formell behält. Derselbe Herr Singer hat den Ausspruch gethan, daß die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie sehr wohl im Stande sei, dem deutschen Arbeiter die Religion völlig zu erheben. Wie reimt sich das zusammen? Ganz einfach! Herr Singer spricht nur von dem „deutschen“ Arbeiter. Er selbst aber bleibt jüdisch, und er ist nämlich ein Bekenner des Judenthums. Die Genossen begnügen über dieses inangegogene Privileg Herrn Singer's zu murren und wollen die vollkommene Religionslosigkeit aller Führer zur Pflicht machen, einerlei ob sie arischer oder orientalischer Abstammung sind. Diese triviale Nachachtung der jüdischen Sonderstellung ist ein Beweis dafür, daß die Unbotmäßigkeit gegen die jüdische Herrschaft in den Reihen der Sozialdemokraten bedeutende Fortschritte zu machen beginnt. Hellen wird neulich Alles nichts mehr, denn die Sozialdemokratie ist aller Orten verhältnisslos verdrängt. In Frankfurt a. M. treten neben Herrn Singer auf dessen parteipolitischen und parlamentarischen Konkurrenten Dr. Jacobs-Berlin, Dr. med. Adler-Wien und ein Herr Silberberg namens der „ungarisch-jüdischen Genossen“, von einer ganzen Anzahl die minorum gentium unverständbar orientalischen Genossen ganz zu geschweigen. Dr. Adler gehört zu den jüdischen Vereintzigen, das auf dem Ende März dieses Jahres in Wien abgehaltenen Parteitag der österreichischen Sozialdemokraten die leitende Rolle spielte; Dr. med. Adler, Dr. med. Ellenbogen, Dr. jur. Ingwer und Dr. jur. Vorkauf. Das genügt! Der Jude rechts, der Jude links, die Sozialdemokratie in der Mitte.“

Tragt man, worin der Nutzen sozialdemokratischer Parteitage für die soziale Hebung des Arbeiterstandes besteht, so sucht man vergeblich nach einer den Arbeiterinteressen günstigen Antwort. Die sozialen Fragen als solche sind der Sozialdemokratie fremd. Die sozialen Lebensbedingungen werden ausschließlich als agitatorischer Aufspieß benutzt, um wirkungsvolle Heffekte zu erzielen. Der einzige Gedanke, der die Partei beherrscht, ist die Ausdehnung ihrer politischen Macht, um mit deren Hilfe alle Autorität zu untergraben. Das ist nicht bloß der Fall bei der deutschen Sozialdemokratie, sondern dasselbe Streben besetzt die gesamten Kreise, die in aller Herren Ländern eine sozialrevolutionäre Schilderhebung der arbeitenden Massen herbeizumünzen. So hat erst vor wenigen Tagen der sozialistische Abgeordnete Pabolone in Mailand bei der Eröffnung des horigen neuen Arbeitervereinshauses geradezu erklärt, daß die Anstrengungen der Partei weniger auf wirtschaftliche als auf politische Erfolge und auf Gewinnung der staatlichen Herrschaft zu richten seien. Je klarer aber diese Tendenz der revolutionären Sozialdemokratie öffentlich hervortritt, um so notwendiger wird für die bürgerliche Gesellschaft die gemeinsame erzwungene Abwehr der bestehenden Ordnung bedrohenden Gefahren. Diese Erkenntnis wird auch der Frankfurter sozialdemokratische Parteitag weiter befestigen, und die „Genossen“ werden sich daher schwerlich täuschen in der auf ihren Gemüthern lastenden und in Frankfurt zum offenen Ausdruck gekommenen Meinung, daß die „Reaktion“ zu einem kräftigen Schläge anzuholen im Begriff stehe.

Reise- und Fernschreib-Berichte vom 23. Oktober.

Berlin. Die Antwort des Kaisers auf die Adresse des Bundes der Landwirthe für Ostpreußen am Sonnabend liegt heute im Reichsanzeiger“ im amtlichen Wortlaut vor. Sie lautet: „Meine Herren, ich freue mich aufrichtig, daß Sie bisher gekommen sind, um meiner Aufforderung in Königsberg folgend, sich vorzutransportiren an Ihren König zu wenden. Ihr Erscheinen ist mir Beweis, daß meine damaligen Worte von Ihnen und den zahlreichen Männern, welche Sie vertreten, richtig erkannt und daß Sie gekommen sind, den Wegen, die ich in landesväterlicher Fürsorge vorgezeichnet habe, zu folgen. Es gereicht mir zur Befriedigung, daß meine Hoffnung, die Ostpreußen würden auch jetzt in erster Linie ihren König in dem Kampfe für Religion, Sitte und Ordnung folgen, sich schon jetzt zu erfüllen beginnt. Seien Sie versichert, meine Herren, meine Sorge für die Landwirtschaft, den Groß- und Kleinbauern, wird nicht nachlassen, wie ich andererseits auf Gott vertraue, daß, wenn alle wohlgeleiteten Theile der Nation sich um mich scharen, es möglich sein wird, unser theures Vaterland ohne schwere Erschütterungen durch die Kämpfe hindurchzuführen, welche zerrührende Bestrebungen uns ausnothigen. Ich danke Ihnen, meine Herren, für Ihre Kundgebungen. Grüßen Sie Ihre mir so liebe Heimath.“

Berlin. Der Kaiser fuhr heute Nachmittag gegen 3 Uhr bei dem Reichskanzler vor und stieg dabei ab. Abends trat der Kaiser die Reise nach Liebenberg, der Befestigung des deutschen Reichthums in Wien, zur Jagd an, während die Kaiserin nach Glücksburg bzw. Schleswig abreiste. — Die Prinzessin Heinrich lebte nach Darmstadt zurück. — Der Großherzog von Baden hat dem König von Serbien das Großkreuz des Ordens der Treue verliehen. — Der Kaiser besuchte, als er heute von Potsdam nach Berlin kam, zunächst das Atelier des Bildhauers Hübner und wohnte dann einer Künstler-Konferenz im Schlosse bei.

Berlin. Der Adjutant des Kaisers, Graf Sülenskiöld, geht am 1. November als deutscher Militärbevollmächtigter nach Wien. — Der offizielle „Nordd. Allg. Ztg.“ zufolge wird sich das reichsgesetzliche Vorgehen gegen die Umzugsbewegung darauf beschränken, die betheiligten und bedenklichsten Unterthanen der sozialdemokratischen Agitation mittelst einer Besondere und möglichst überlegenen Revision einiger Gesetzesparagrafen zu beschneiden. — Einem Provinzialblatt zufolge soll der neue Band der „Geschichte des 19. Jahrhunderts“ von Heinrich v. Treitschke infolge der wachsenden Zersplitterung der herrschereigenen Friedrich Wilhelm's IV., in welcher man noch dazu eine verheerliche Parallele zu modernen Zuständen wittern will, an höchster Stelle arden Unmut erregt haben. Man soll sogar mit dem Gedanken umgehen, dem Verfasser das Staatsarchiv zu verweigern und ihm den Posthumus-Titel abzunehmen. Die Veröffentlichung dieser sensationellen Nachricht bleibt abzuwarten.

Berlin. Nach Mittheilungen, welche der hiesigen russischen Gesellschaft gestern in später Abendstunde aus Livadia zugegangen sind, hält die Besetzung im Befinden des Czaren an. Die gleiche Nachricht ist dem Großherzog von Hessen zugegangen. — Die Nachricht, daß der Kaiser die Vereinfachung der Nacht „Hohenzollern“ zur Fahrt nach Petersburg befohlen habe, ist ebenso falsch wie die, daß Geh. Rath Prof. Pöden in acht Tagen nach Berlin zurückkehren werde. — Die „Kön. Volkstz.“ widerlegt den Angaben, Prinzessin Alix sei nach Livadia gerufen worden, damit dort ihre Trauung mit dem Thronfolger sofort vorgenommen werden könne. Es handelt sich nur um eine Festigung des Verlobnisses. Die Verlobung, daß der Thronfolger, wenn er Czar geworden, sein Verlobnis lösen würde, könne allerdings nicht von der Hand gewiesen werden. Er habe sich gegen die ihm unumwundene Verlobung lange zu wehren gesucht mit der Aussicht, er wolle überhaupt nicht heirathen. Als wahrscheinlich Grund dazu führt das Blatt den Umstand an, daß der Thronfolger in hohem Maße an Galle liebt. Bei der Prinzessin Alix sei bisher eine besondere Schwärmerei für ihren Lebertritt zur orthodoxen Kirche oder auch nur eine besondere Hochachtung in diesem Punkte nicht bemerkt worden.

Berlin. Auf Veranstaltung des Reichskanzlers treten die stimmungsführenden Minister der verbündeten Staaten morgen zu einer gemeinsamen Besprechung über Maßregeln zur schärferen Bekämpfung des Umsturzes zusammen.

Frankfurt a. M. Sozialdemokratischer Parteitag. Der Delegirte Schwarz aus Lübeck übernahm in der heutigen Vortagung das Präsidium. Nach den geschäftlichen Erörterungen wurde in die Debatte über die Anträge zu der „Arbeiterpartei“, „Parlamentarisches“ eingetreten. Einzelne beschäftigten sich vorwiegend mit der Arbeitslosen-Statistik, Arbeiterversicherung und den Vereinsangelegenheiten.

Halle. In Gegenwart des Landespräsidenten der Provinz Hannover, v. Bennigsen, fand gestern in Harburg die Einweihungsfeyer der neuen Reichsstraße, welche die Provinz Hannover mit Hessen verbindet, statt.

Wannheim. Hier haben hervorragende Bürger ein Komitee zur Errichtung eines Bismarck-Denkmal's gebildet, zu dem bereits eine große Summe gesammelt wurde.

Paris a. M. Bismarck. In vergangener Nacht explodirte in einem von mehreren Bergleuten bewohnten Hause eine Dynamitpatrone. Das Haus wurde leicht beschädigt, die Fenster zertrümmert, die Thürbalken herausgerissen.

Rom. In San Remo wurde der Kaiser von dem Kaiserin begleitet. Er hat in Gemeinschaft mit seinem Sekretär zahlreiche Schwandekeln vertheilt, indem er nach Deutschland Briefe verordnete, in welchen er sich verabschiedete. Kammerungsfern Stellungen in Fürstenthümern zu vertheilen. Er ließ sich daraufhin bedeutende Vorhänge zahlen.

London. Einer Reuter-Nachricht aus Hongkong zufolge erhoben der Kapitän und der Eigentümer des englischen Dampfers „Laihu“ bei den Behörden Beschwerde über den französischen Kreuzer „Porpoise“, der das Schiff auf offener See aufgelodert hatte, seine Flagge zu zeigen, und der zwei Kanonenschüsse abgegeben hatte. — Aus Kapstadt wird gemeldet: In einer Versammlung der Deere's-Kompanie theilte der Vorsitzende Abdees mit, daß im verfloffenen Jahr Diamanten im Werthe von 2.820.000 Pfd. Sterl. erbeutet wurden. Nach Abzug der Ausgaben blieben indes kaum 1 1/2 Millionen zur Vertheilung. Der Rückgang der Diamantenpreise repräsentirt einen Verlust von einer halben Million.

Petersburg. Ein Vermittlung 10 Uhr ausgegebenes Bulletin lautet: Der Kaiser schiel befier, der Apptch ist schwach.

95 Fund's (rechner) Sintermittig, Krosow
 Dresdner Malterei Gebr. Jähn, Bahndr. 79.